

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000039/2023
an die Kommission**

Artikel 136 der Geschäftsordnung

Peter Pollák

im Namen der PPE-Fraktion

Betrifft: Segregation und Diskriminierung von Roma-Kindern im Bildungswesen

Seit 2014 hat die Kommission mehrere Vertragsverletzungsverfahren (gegen Tschechien (2014), die Slowakei (2015, 2023) und Ungarn (2016)) wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (2000/43/EG) eingeleitet. Die Diskriminierung und Segregation von Roma-Kindern in Schulen gibt es nach wie vor, obwohl in den vergangenen Jahren Unionsmittel in erheblicher Höhe bereitgestellt wurden, um eine Besserung der Lage herbeizuführen. Im Zuge der COVID-19-Pandemie ist noch stärker deutlich geworden, dass Inklusion und Fairness in der Bildung wichtig sind, auch im Hinblick auf die Digitalisierung.

Das Europäische Parlament unterstützt die Herangehensweise der Kommission uneingeschränkt und ist zudem daran interessiert, wie sich die Lage auf Unionsebene und in allen 27 Mitgliedstaaten darstellt.

1. Wie gedenkt die Kommission sicherzustellen, dass die den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten Unionsmittel zur Förderung inklusiver und hochwertiger Bildung ohne Segregation effizient und wirksam eingesetzt werden?
2. Wie soll die Bewertung der Kommission in der Strategie zur Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums bis 2025 zum Tragen kommen, in der ambitionierte Unionsziele im Bildungsbereich für alle EU-Mitgliedstaaten festgelegt werden, der Schwerpunkt auf der Verbesserung der Chancengleichheit und Inklusion in der allgemeinen und beruflichen Bildung liegt und das Engagement der Union für die Förderung der Grundfreiheiten und der Toleranz sowie des Diskriminierungsverbots, auch im Bildungswesen, bekräftigt wird?

Eingang: 5.9.2023

Fristablauf: 6.12.2023